

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 114 (1988)
Heft: 47

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peinliche Abfuhr

Die bedrängte Basler Rheinschiffahrt erhält keine Hilfe vom Bund. Das schrieb die Landesregierung am 2. November an die Gesuchsteller am Rheinknie und lehnte damit entsprechende Begehren zwar wortreich, aber mit unmissverständlicher Deutlichkeit ab. Man habe die Angelegenheit ein Jahr lang geprüft, sei aber zum Schluss gekommen, dass weder eine Flaggenprämie noch eine Subventionierung und schon gar nicht eine Übernahme durch den Bund erfolgen werde. Nach dieser Abfuhr dürfte das bekannte Buch «Hans, der junge Rheinschiffer» bei der nächsten Auflage eine Titeländerung erfahren: Hans der junge Abschiffer.

Käse zum Nachtisch

Die Finanzkommission des Nationalrats glaubte, sie habe nun den überbordenden Bundesausgaben zur Verwertung unseres Käseüberschusses endgültig die rote Flagge gezeigt, als sie im Budget 1989 die Bundessubvention der Käseverwertung um 22 Millionen Franken kürzte. «Macht nichts», wird sich jedoch Bundesrat und Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz gesagt haben: «Dann hol' ich mir das Geld halt mit dem Nachtragskredit hinterher dennoch.» Genauso tut's unser Minister ja in diesem Jahr auch: Im zweiten Nachtrag zum Budget figurieren 76 Millionen Zusatz-Franken, unter anderem für «Sonderverbilligungen einheimischer Weich- und Halbhartkäse» und für die «Käseverwertung».

Ogi's Pokerspiel

Bundesrat Adolf Ogi kann nicht nur gut skifahren, sondern auch gut pokern. Diese erst jüngst bekanntgewordene Eigenschaft



dürfte sich zum Wohle des Landes auswirken. Die Kaiseraugst AG soll bekanntlich 350 Millionen Franken Entschädigung erhalten. Doch in der jüngst ans Parlament verabschiedeten Botschaft über den betreffenden Bundesbeschluss fehlt diese Zahl. Sie findet sich lediglich in der im Anhang figurierenden Vereinbarung zwischen der Kaiseraugst AG und der Eidgenossenschaft. Möglicherweise werden es aber weniger als 350 Millionen sein, steht doch im Begleittext, dies hänge von der Schlussabrechnung der Kaiseraugst AG ab. Was nicht drinsteht, aber Ogi's Pokerspiel sein könnte: Wenn vor der allfälligen Abstimmung die Opposition allzu forsch auftritt, besteht ebenfalls die Möglichkeit, den Entschädigungsbetrag zu senken.

Staatskunde für Jurassier

Es kommt nicht alle Tage vor, dass der Bundesrat einer Kantonsregierung Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie erteilen muss. Doch die Jurassier wollen es nicht anders. Da hatten doch grüne Kreise legitimerweise von unserem Initiativrecht Gebrauch gemacht und eine Volksinitiative eingereicht gegen die geplante Nationalstrasse «Transjurane», die den Jura mit dem Rest der Schweiz besser verbinden soll. Da der Jura-Regierung dieser Volkswunsch aber so schlecht in den Kram passt, hat sie dem Bundesrat einen Brief geschrieben, der möge doch, bitte schön, das Volksbegehren

für ungültig erklären. Da dieser undemokratische Vorstoss ausgerechnet aus jener Landesecke kommt, die ihr Bestehen einer Volksabstimmung verdankt, musste der Bundesrat in der schriftlichen Antwort ein bisschen Staatskunde-Nachhilfeunterricht erteilen.

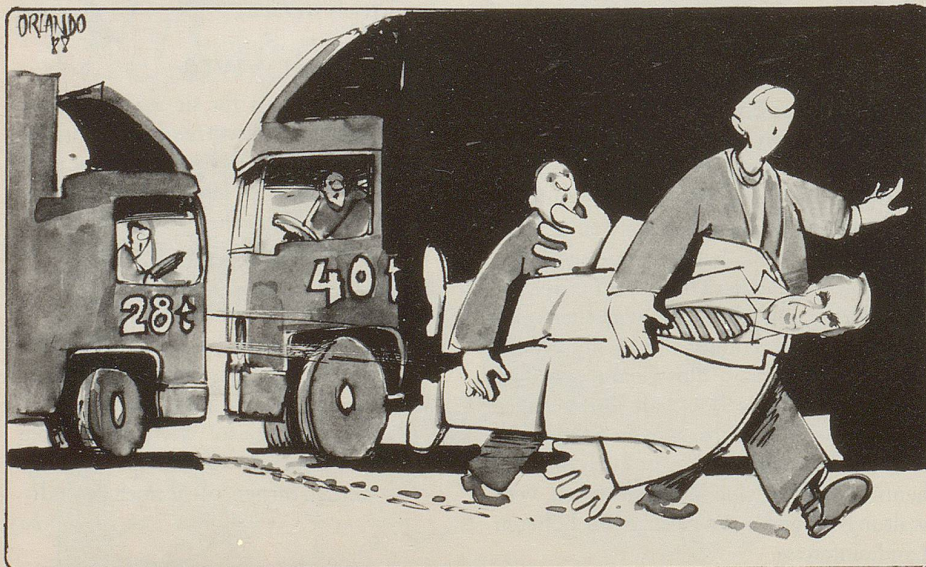
Übung «Zauberformel»

Letzte Woche war es wieder einmal so weit: Die Schweiz schlitterte übungshalber in eine «Mehrfachkrise», damit die Führungsorgane der Gesamtverteidigung getestet werden konnten. Weil der Bundesrat aber ohnehin jahraus jahrein an irgendwelchen Beschlüssen und Problemen «übt», wird er in solchen Fällen durch (belastbare?) Parlamentarier besetzt. Und für manch einen ist das Mitmachen als «Übungsbundesrat» eine Entschädigung für eine Nichtnominierung als echter Bundesratskandidat. Während nun die geschlechtsspezifische und parteipolitische Verteilung im «falschen Bundesrat» dem richtigen entspricht, sassen die Parteifarben in den falschen Departementen. Und so stellte die CVP wieder einmal den Aussen- und den Wirtschaftsminister (Kufu lässt grüssen), die SP besetzte Innen-, Verkehrs- und Energieministerium, die FDP durfte sich nicht nur der Justiz und Polizei, sondern endlich wieder einmal auch der Finanzhoheit widmen und die SVP – wehmütig an Rudolf Gnägi erinnert – führte das EMD.

Notvorrat-Flop

Bundesrat Delamuraz, spritzig-dynamischer Volkswirtschaftsminister, machte die Rechnung ohne Herrn und Frau Schweizers Einkaufsgewohnheiten. Da propagierte er mit persönlichem Schreiben an alle Haushalte die Notwendigkeit eines Notvorrates. Das Resultat ist ernüchternd: Angesichts übervoller Regale kann man sich offenbar kaum Versorgungengpässe vorstellen. Die Grossverteiler jedenfalls blieben auf ihren Notvorräten sitzen, die Aktion wurde zum Flop, eine halbe Million Werbefranken sind verlorcht, die Werber immerhin hatten ihren Umsatz. Um die misslungene Übung noch einigermaßen zu retten, bleibt noch die Möglichkeit, die Notvorratspakete direkt der Armee in ihre Pflichtlager zu übergeben, auf dass sie dann von dienstleistenden Wehrmännern zwangsweise doch noch gegessen werden.

Lisette Chlämmerli



Ogi unter Druck geraten